

B E S C H L U S S

der Sitzung des Jugend-, Familien-, Senioren- und Sozialausschusses

vom Mittwoch, den 14.05.2025 um 18:00 Uhr

Sitzungsraum Nr. 20

5.

Bezahlkarte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Bürgermeister Diethelm erläutert, dass die Verwaltung die Einführung einer Bezahlkarte grundsätzlich als sinnvoll erachte, insbesondere in Erstunterkünften, in denen ankommende Personen häufig weder über ein Girokonto noch über andere Zahlungsmöglichkeiten verfügten. In solchen Fällen könne die Bezahlkarte eine praktikable Alternative zu Bargeld darstellen. Für die aktuelle Situation in der Gemeinde sehe die Verwaltung jedoch keinen Mehrwert in der Einführung der Bezahlkarte. Er betont, dass größere Städte zu ähnlichen Einschätzungen gelangt seien, während einige Kommunen im Kreis Gütersloh abweichende Entscheidungen getroffen hätten. Die Verwaltung schlage vor, vorerst am bestehenden System festzuhalten, behalte sich jedoch vor, bei neuen Erkenntnissen eine erneute Bewertung vorzunehmen.

Sachkundiger Bürger Yorulmaz (UWG) gibt jedoch zu bedenken, dass die Einführung der Bezahlkarte langfristig unvermeidlich sei, da die Digitalisierung weiter voranschreite. Er hinterfragt die Argumentation, dass die Bezahlkarte sozial ausgrenzend wirke und hebt hervor, dass die Karte ursprünglich dazu gedacht sei Transferleistungen zu bündeln und Missbrauch zu verhindern. Zudem verweist er darauf, dass es sich bei den betroffenen Personen um Asylbewerber im Bewerberstatus handele, deren Aufenthaltsrecht noch nicht abschließend geklärt sei. Er plädiert dafür, die positiven Aspekte der Bezahlkarte stärker zu berücksichtigen.

Eine kurze Diskussion zu den Vor- und Nachteilen der Bezahlkarte schließt sich an.

Bürgermeister Diethelm schlägt vor, das Thema in einem Jahr zu evaluieren und den aktuellen Stand zu bewerten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales beschließt, die Opt-Out-Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW rückwirkend auf das Inkrafttreten der Verordnung in Anspruch zu nehmen. Somit wird die Bezahlkarte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorerst nicht eingeführt. Der Ausschuss wird das Thema Bezahlkarte in einem Jahr erneut beraten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen mit
11 Ja-Stimmen (4 CDU; 3 Grüne; 2 UWG; 1 SPD; 1 FDP)
1 Nein-Stimme (UWG)